

## **BERLIN**

- Rias (Antisemitismus): 443.000 Euro
- Eurdosta (Hass gegen Sinti und Roma): 150.000 Euro
- Eurclaim (antimuslimischer Rassismus): 174.000 Euro
- Teoto (Anit-Schwarzer Rassismus) für 286.000 Euro.
- Berliner Register mit 12 Registerstellen. Hier werden Meldungen erfasst, geprüft, anonymisiert und auf der Internetseite der Berliner Register veröffentlicht.

Für 2024 und 2025 sind für die Registerstellen je 903.534 Euro eingeplant, für die Koordinierungsstelle 213.621 Euro.

## **BRANDENBURG**

- Seit 2019 Meldestelle für antisemitische Vorfälle.

## **SACHSEN-ANHALT**

- Für rassistische Gewalt gibt es Opferberatungsstellen. Bei antisemitischen Vorfällen gibt es Ofek.

## **THÜRINGEN**

- Keine staatliche Meldestelle. Private Beratungsangebote, die zum Teil staatlich unterstützt werden, gibt es für Antisemitismus, Hatespeech, Extremismus.

## **SACHSEN**

- Keine Meldestellen für Vorfälle unterhalb der Strafbarkeitsgrenze. Es gibt die Zentrale Anlaufstelle für Opfer von Rechtsextremismus und Antisemitismus (Zora).

## **RHEINLAND-PFALZ**

- Melde- und Dokumentationsstelle für menschenfeindliche Vorfälle.  
Fördersumme: 188.000 Euro.

## **NIEDERSACHSEN**

- Laut Ministeriums-Sprecher „zielgerichtete Förderung der Prävention/Bekämpfung von Rechtsextremismus“. U. a. Rias Niedersachsen, „die als Meldestelle für antisemitische Vorfälle auch unterhalb der Strafbarkeitsgrenze fungiert.“

## **NRW**

Im Frühjahr wird in NRW eine neue „Meldestelle“ gegen Muslim-Hetze ihren Dienst aufnehmen.

## HESSEN

- Seit 2020 Meldestelle „Hessen Gegen Hetze“. Ein Sprecher des Innenministeriums: „Dazu kooperiert die Meldestelle mit dem Landeskriminalamt, Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt zur Bekämpfung der Internet- und Computerkriminalität, Bundeskriminalamt und dem Landesamt für Verfassungsschutz.“ Kosten: 1,2 Millionen Euro.
- Rias Hessen („Meldestelle Antisemitismus“): 229.566 Euro
- „Hessen schaut hin“ (Meldestelle für rechtsextremistisch und rassistisch motivierte Vorfälle): 705.000 Euro.

## BADEN-WÜRTTEMBERG

- Meldestelle „Respect: Hetze melden! Gegen Hetze im Netz“
- Meldestelle Antisemitismus (Ofek) Kosten: 900.000 Euro im Jahr

## BAYERN

- Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (Rias Bayern), an die Vorfälle unterhalb der Strafbarkeitsschwelle gemeldet werden können. Kosten: 500.000 Euro.

## SCHLESWIG-HOLSTEIN

- Informations- und Dokumentationsstelle Antisemitismus (Lida)
- Beratungsstelle für Betroffene von rassistischen, antisemitischen und rechtsmotivierten Angriffen (Zebra).
- Ein Ministeriumssprecher zu BILD: „Derzeit wird die Einrichtung einer Meldestelle für antiziganistische Vorfälle in Schleswig-Holstein mit Unterstützung des Antiziganismusbeauftragten der Bundesregierung geplant. Die Einrichtung einer Meldestelle für antimuslimische Vorfälle soll perspektivisch folgen.“

## BREMEN BREMERHAVEN

haben keine Meldestelle.

## HAMBURG, MECKLENBURG-VORPOMMERN SAARLAND

haben keine Portale gemeldet.

## BUNDESWEITE MELDESTELLEN

**Online-Wachen der Bundesländer:** Amadeo-Stiftung, So Done, Mimikama (Fake-Meldung), Informationsstelle antikurdischer Rassismus.

**Kommunale Meldestellen:** Falschparker-Petz-Portale in Frankfurt.